



LBT-Jahreshauptversammlung 2006

“60 Jahre LBT“

Mit zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verkehr fand am 19. Oktober 2006 in München die Jahreshauptversammlung der Delegierten des Landesverbandes Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) e.V. und gleichzeitig das 60-jährige Verbandsjubiläum des LBT statt. In seinem gewerbepolitischen Rechenschaftsbericht ging LBT-Präsident Hans Wormser auf die, den Berichtszeitraum 2005/2006 kennzeichnenden und einschneidenden verkehrspolitischen Entscheidungen und Entwicklungen ein. Fast 2 Jahre nach Ihrer Einführung sei die Lkw-Maut betriebswirtschaftlich und organisatorisch von den Mitgliedsbetrieben hervorragend bewältigt worden. Dies war und ist auch nach wie vor eine Überlebensfrage für das Transportgewerbe, so Wormser, denn auch heute noch gelte, dass nur derjenige überleben kann, der die Maut einschließlich den damit verbundenen Verwaltungs- und Organisationsaufwand komplett umsetzen kann. Mit großer Sorge betrachtete Wormser die Entwicklung der Dieselpreise und warnte davor, die relativ moderate Entwicklung der letzten Wochen zum Anlass zu nehmen, sich beruhigt zurückzulehnen. Spätestens den bevorstehenden Jahreswechsel werden die Konzerne zum Anlass nehmen, erneut an der Preisschraube zu drehen; Begründungen hierfür gäbe es genug. Als Beispiel nannte Wormser die Mehrwertsteuererhöhung sowie den Einstieg in die Versteuerung der Biokraftstoffe und dabei insbesondere die Beimischungsquote für Biokraftstoffe. Alle drei Faktoren werden nach heutiger Einschätzung Preiserhöhungen von 4 bis 6 Cent pro Liter mit sich bringen.

Zu zum Teil erheblichen Veränderungen werden auch die Anpassungen im europäischen Arbeits- und Sozialrecht wie beispielsweise das zum 01.09.2006 neu in Kraft getretene neue Arbeitszeitgesetz für das Gewerbe führen. Als weitere einschneidende Veränderung nannte Wormser die Einführung des digitalen Tachographen, der in den Betrieben zu erheblichen Investitions-, Verwaltungs- und Organisationsaufwand führt. Es bleibe abzuwarten, wie sich die sukzessive flächendeckende Einführung des digitalen Tachographen auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Transportgewerbes auswirken wird, so der LBT Präsident. Gleichzeitig versicherte Wormser den Delegierten, dass der LBT auf Europäischer, Bundes- und Landesebene im intensiven Dialog mit Politik und Verwaltung zu dieser Thematik verbleiben wird. Hinsichtlich der zum 11. April 2007 in Kraft tretenden Änderung der EG-

Leonrodstraße 48
80636 München
Tel. (089) 12 66 29-32
Fax (089) 12 66 29-25
E-Mail: info@lbt.de
Internet: www.lbt.de

PRESSE- INFORMATION

Verantwortlich:
Christian Durmann
Abdruck honorarfrei
Beleg erbeten

Sozialvorschriften zeigt sich Wormser zuversichtlich, dass angesichts der ursprünglichen Horrorszenarien mit dem jetzigen Vorschriftenwerk ein einigermaßen gewerbeverträglicher Kompromiss erkämpft werden konnte.

Schließlich ging Wormser auf das Dauerthema Harmonisierung der europäischen Wettbewerbsbedingungen ein, wozu es gilt, weiterhin äußerst wachsam zu sein, damit die Bundesregierung nicht klammheimlich im Zusammenspiel mit der EU-Kommission das zugesagte und nach wie vor politisch feststehende Harmonisierungsvolumen von 600 Millionen Euro für das deutsche Gewerbe unterläuft. Insbesondere halbherzige und kaum EU-kompatible Regelungen wie zum Beispiel das zugesagte Förderprogramm für besonders umweltfreundliche Fahrzeuge seien in Ihrer aktuellen Fassung kaum geeignet, einen nennenswerten Harmonisierungsbeitrag für das Deutsche Gewerbe zu leisten.

Zum Dauerthema Alpen transit konnte der Verband nach Wormsers Worten in den letzten Jahren erhebliche Erfolge für seine Mitgliedsbetriebe erzielen und erinnert beispielsweise an die teilweise Rückerstattung der seit 1996 zu viel entrichteten Brennermaut sowie an die Annullierung des sektoralen Fahrverbotes in Tirol mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2005. Mit Sorge sehe das Gewerbe jedoch den neuen Forderungskatalog Tirols, in dem unter anderem eine Verschärfung des Nachtfahrverbotes geplant ist. Schließlich werde das Gewerbe zum 01. Januar 2007 den vorläufigen Abschluss des Europäischen Integrationsprozesses erleben, wenn Bulgarien und Rumänien der EU beitreten werden. Wormser befürchtet in diesem Zusammenhang, dass durch den Beitritt dieser beiden Länder zum europäischen Verkehrsmarkt ein neuer Kapazitätsschub verbunden mit neuerlichen Dumpingangeboten im grenzüberschreitenden Verkehr stattfinden wird.

Neben diesen globalen Entwicklungen beschäftigen den Verband jedoch auch regionale Probleme wie beispielsweise die Feinstaubdebatte und das Thema Mautausweichverkehre. Aufgrund der Tatsache, dass in Bayern das letzte Wort die jeweiligen Bezirksregierungen haben, konnte der LBT erreichen, dass in Verbindung mit einem wirksamen Anhörerecht der beteiligten Verbände relativ sachnahe Entscheidungen getroffen werden. Verglichen mit der Situation in Hessen, wo bis jetzt mehr als 12% des gesamten Bundesstraßennetzes gesperrt wurden, konnte in Bayern bis jetzt das schlimmste verhindert werden, so Wormser.

Bei allen genannten Problemen sei jedoch für das Deutsche Transportgewerbe auch ein zumindest vorübergehender Lichtblick festzustellen. Mit dem Konjunkturanstieg seit dem Frühjahr ist eine zunehmende Laderaumknappheit festzustellen, die nach heutiger Einschätzung wohl auch bis zur Jahreswende anhalten wird. Optimistische Einschätzungen sprechen sogar von einer Fortsetzung der guten Konjunktur bis ins erste Halbjahr 2007. Dennoch stellt Wormser in seinem Resümee ernüchternd fest, dass sich die mit der großen Koalition verbundenen, ohnehin bescheidenen Hoffnungen, in keiner Weise erfüllt haben. Die für den Standort Deutschland so wichtigen Weichenstellungen in Richtung weniger Belastungen für Unternehmen und Verbraucher, in Richtung

Entschlackung und Verschlankung des Staates und in Richtung mehr Eigenverantwortlichkeit des Bürgers für sein eigenes Schicksal sind bis heute nicht erfolgt und werden wohl auch nicht mehr erfolgen. Stattdessen wird zum 01. Januar 2007 die größte Steuer- und Abgabenerhöhung in der Geschichte dieser Republik Platz greifen mit allen negativen Folgen für die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung auch für das bayerische Transportgewerbe.

60 Jahre LBT

Trotz aller Sorgen und Probleme könne der Verband heute jedoch auch mit großer Dankbarkeit und Stolz auf 60 Jahre Verbandsarbeit zurückblicken. Der LBT sei als Gemeinschaftswerk mutiger Frauen und Männer entstanden, er ist das Ergebnis örtlicher Initiativen und gleichsam ein Werk regionaler Vielfalt, so Wormser. Er würdigte dabei nicht nur die unternehmerische Tatkraft und den zukunftsorientierten Weitblick der Gründerväter sondern auch die höchst engagierten hauptamtlichen Funktionsträger des Verbandes in den zurückliegenden 60 Jahren. „Heute beschreiten wir mit Mut, Realismus und Zuversicht den harten und ungewissen Weg in neue Jahrzehnte und setzen mit Engagement und Kampfkraft an der Seite unserer Mitglieder den Auftrag und das Vermächtnis unserer Gründer fort“, so Wormser. Besonderer Dank gelte heute nicht nur den verstorbenen Kollegen des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung des LBT sondern vor allem auch dem heutigen Gesamtvorstand, den Delegierten, den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und insbesondere jedem einzelnen der Mitgliedsunternehmen. Sie alle prägen nach Wormsers Worten den LBT und verschaffen ihm die weit über die Grenzen Bayerns anerkannte Geltung in Politik, Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Huber: „Der LBT bleibt verlässlicher Partner der Staatsregierung“

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Erwin Huber, überbrachte in seiner Festrede die Glückwünsche der Bayerischen Staatsregierung und würdigte die Leistungen des Bayerischen Straßentransportgewerbes vom Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren bis heute. Huber dankte dem Verband dafür, dass er in den vergangenen 6 Jahrzehnten immer wieder nachhaltige Initiativen entwickelt, beispielhafte Aktionen ins Leben gerufen und die positive Entwicklung nachdrücklich vorangetrieben hat. Dabei sei der LBT immer wichtiger Gesprächspartner der Bayerischen Staatsregierung gewesen, indem er die Interessen des Transportgewerbes filtert und verstärkt und sie als unverzichtbares Sprachrohr gegenüber Politik und Gesellschaft zur Geltung bringt.

Die gegenwärtige verkehrspolitische Situation in Bayern als wichtigstes Transitland Europas ist gekennzeichnet durch die zunehmende EU-Osterweiterung. Trotz der vielen bereits getätigten Investitionen ist die vorhandene Verkehrsinfrastruktur diesem Verkehrszuwachs nicht mehr gewachsen, so Huber. Die Bayerische Staatsregierung setze sich deshalb seit langem für den Ausbau der Verkehrswege ein, um der Rolle als Transitland gerecht zu werden und vor allem um der bayerischen Wirtschaft weiterhin die Chance zu bieten, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Den Zielen eines bedarfsgerechten Ausbaus der Infrastruktur und der Sicherung der Mobilität stünden jedoch Rahmenbedingungen gegenüber, die den verkehrspolitischen Handelsspielraum einschränken. Huber nannte in diesem Zusammenhang insbesondere die Situation der öffentlichen Haushalte die die Fertigstellung großer Infrastrukturvorhaben unerträglich in die Länge zieht und damit die Berechenbarkeit der Verkehrspolitik beeinträchtigt sowie die steigenden Anforderungen an Umwelt und Naturschutz. Daneben nannte der Minister aber auch die zunehmend schwierige Situation des Transportgewerbes selbst, durch die Verteuerung des Verkehrs in den letzten Jahren durch die Energiepreisentwicklung und durch politische Maßnahmen wie die Ökosteuern. Insbesondere auch die verschärfte Konkurrenzsituation durch Unternehmen aus den EU-Beitrittsstaaten und schließlich administrative Erschwernisse kennzeichnen die momentane Situation. Die Bayerische Verkehrspolitik setze nach Hubers Worten deshalb verstärkt auf einen bedarfsgerechten Infrastrukturausbau, die Verlagerung auf weniger ausgelastete Verkehrsträger und gleichzeitig auf eine stärkere Vernetzung aller Verkehrsträger untereinander. Nur durch aktives Verkehrsmanagement und die Mobilisierung aller Kapazitätsreserven der Infrastrukturen führe ein Weg heraus aus dem Stau, so der Minister. Da dem Infrastrukturausbau sowohl finanzielle als auch technische Grenzen gesetzt sind, setze die Verkehrspolitik in starkem Maße auch auf die Weiterentwicklung der Telematik, um die vorhandenen Infrastrukturen optimal nutzen zu können. Zur wirtschaftlichen Lage des Transportgewerbes setzte Minister Huber positive Akzente, hinsichtlich prognostizierter Umsatzsteigerungen und Erhöhung der Fuhrparkkapazitäten. Vielfach würde nach Hubers Worten momentan von steigenden Preisen und Verbesserungen des Betriebsergebnisses berichtet. Nicht zuletzt gäbe es Anzeichen für eine Marktberichtigung in Osteuropa mit einer Verknappung des Laderaumes, so dass auch hier auf eine Entlastung gehofft werden kann.

Abschließend versicherte Staatsminister Huber den Delegierten, dass sich die Bayerische Staatsregierung auch weiterhin für die Belange des Bayerischen Straßentransportgewerbes einsetzen wird und dem LBT auch künftig die Rolle eines verlässlichen Partners zukomme.

